

V1 Die Grüne Jugend Hamburg muss sich für eine sofortige Erhöhung des Bürgergeld-Regelsatzes auf mindestens 900€ einsetzen!

Antragsteller*in: Bendix Grimm (KV Hamburg-Bergedorf)

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Ich bitte um Zustimmung der Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend
- 2 Hamburg:
- 3 1. Die Grüne Jugend Hamburg fordert von der Bundesregierung und insbesondere der
- 4 Partei Bündnis 90/Die Grünen, sich für eine sofortige und deutliche Erhöhung des
- 5 Bürgergeld-Regelsatzes einzusetzen.
- 6 2. Die Grüne Jugend Hamburg soll aktiv über diverse Wege auf die aktuelle
- 7 Situation von Bürgergeldempfänger*Innen aufmerksam machen um eine entsprechende
- 8 Debatte in Gang zu setzen.
- 9 3. Der Regelsatz für alleinstehende Erwachsene muss mindestens 900 € monatlich
- 10 betragen, um dem realen Bedarf und der Preisentwicklung Rechnung zu tragen.
- 11 4. Diese Forderung soll von der Grünen Jugend Hamburg aktiv kommuniziert und auf
- 12 Bundesebene in die Gremien und Gremienvertreter*innen getragen werden.
- 13 5. Die Grüne Jugend Hamburg setzt sich aktiv gegen jegliche Sanktionen von
- 14 Bürgergeldempfänger*Innen ein.
- 15 6. "Zumutbare Arbeit" muss jegliche sozialen und persönlichen Umstände der
- 16 jeweiligen Bürgergeldempfänger*Innen berücksichtigen

Begründung

Das aktuelle Bürgergeld reicht nicht. Bei der hohen Inflation, hohen Energiepreisen und sehr hohen Lebensmittelpreisen sind 563 € im Monat im Jahr 2025 schlicht und einfach nicht mehr existenzsichernd. Der aktuelle Regelsatz bedroht akut die Existenz von allen Bürgergeldempfänger*Innen. Bereits 2023 forderte der Paritätische Gesamtverband den Bürgergeldregelsatz auf mindestens 813€ zu erhöhen um aktiv vor Armut zu schützen und die Existenz zu sichern. Wer Bürgergeld bezieht, lebt in Dauerstress, ständigen Existenzängsten und mit massivster Einschränkung gesellschaftlicher Teilhabe. Sehr viele müssen Lebensmittel von der Tafel beziehen, da das Bürgergeld absolut nicht ausreicht. Die sogenannten "Mehrbedarfe" werden nur in absoluten Einzelfällen genehmigt und bedeuten diverseste Prüfungen, Widersprüche und einen starken Mehraufwand für den sowieso kräftezehrenden Bürokratiemarathon. Soziale Sicherheit darf kein Luxus sein, sondern ist ein Grundrecht!